



DPA

Bürgerkinderkunst

Wie das kulturelle Prekariat zum Akteur neoliberaler Ideologie wird. *Von Berthold Seliger*

Arm, aber sexy«? Oder doch zumindest arm, aber glücklich? Seit Ende der neunziger Jahre sind die Künste zu einem wesentlichen Teil des Stadtmarketings geworden, wie das erfolgreiche internationale Branding Berlins beweist. Und in neoliberalen Zeiten sind die Künste mehr denn je Teil der Eventkultur, die von der Kulturindustrie Hand in Hand mit vielen öffentlichen Institutionen vorangetrieben wird und die Kollektive vergangener Zeiten sukzessive beseitigt, etwa indem sie auf Langfristigkeit ausgerichtete Theaterensembles mit festangestellten Mitgliedern durch ein performatives Prekariat ersetzt.

Doch die Sogwirkung des Bohemedaseins lässt nicht nach, für die Zeit von 1993 bis 2012 konstatiert die Soziologin Alexandra Mancke in ihrem lesenswerten Buch *Kapitalistische Geister in der Kultur- und Kreativwirtschaft*

eine Verdoppelung der Erwerbstätigen in den künstlerisch-kreativen Feldern. Derzeit arbeiten in diesem Bereich über 1,6 Millionen Menschen, also 3,3 Prozent der Gesamtbevölkerung; kein anderes Erwerbsfeld hat in den letzten 30 Jahren so stark expandiert wie die künstlerisch-kreativen Berufe. Dass all diese Menschen glücklich sind, darf bezweifelt werden; fest steht: Viele dieser Kultur- und Kreativarbeiter*innen sind arm; nicht wenige können von den Einnahmen aus ihrer Arbeit nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Hierzulande gibt es keine umfassende Bestandsaufnahme der Arbeits- und Lebensbedingungen im Kultursektor. In Frankreich dagegen hat die Kulturministerin Fleur Pellerin 2015 eine derartige Untersuchung in die Wege geleitet: Sie belegt eine Pauperisierung, die in den Bereichen Kunst und Fotografie besonders gravierend ist. Die meisten Künstler müssen mit deutlich weniger Geld

auskommen als die Beamten, die sich um sie kümmern.

In der Bundesrepublik haben wir vor allem die Zahlen der Künstlersozialkasse (KSK). Das Durchschnittseinkommen der aktiv Versicherten in der KSK, bei der selbständige Künstler und Publizisten mit einem Mindestjahreseinkommen von 3.900 Euro renten- und mit 5.810 Euro auch krankenversichert sind, betrug zum Stichtag 1. Januar 2016 gerade einmal 15.945 Euro, wobei gewaltige Geschlechter- und beträchtliche Altersunterschiede zu verzeichnen sind: Das Durchschnittseinkommen aller männlichen Versicherten betrug 18.079, das der weiblichen dagegen nur 13.621 Euro. Und die unter 30jährigen verdienten gerade einmal 11.960 Euro im Jahr.

Auch die Kunstgattungen weisen gewaltige Unterschiede auf: Im Bereich Wort werden durchschnittlich 19.603 Euro verdient, in der bildenden Kunst (dazu gehört auch der

Bereich Design) 15.740, in der darstellenden Kunst 15.581, in der Musik nur 13.317 Euro, und die unter 30jährigen Musiker kommen lediglich auf 10.955 Euro – während die Musikerinnen noch weniger verdienen, nämlich durchschnittlich 11.200 Euro beziehungsweise 9.959 bei den unter 30jährigen. Zum Vergleich: Der derzeit gültige gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro führt bei angenommenen 40 Wochenarbeitsstunden zu einem Jahresgehalt von etwa 17.690 Euro. Die Durchschnittseinkommen der selbständigen Künstler und Publizisten liegen also deutlich unter dem gesetzlichen Mindestlohn, und in einzelnen Bereichen gerade einmal knapp über Hartz-IV-Niveau. Wenn man sich vor Augen hält, dass in der KSK auch gut verdienende Künstler versichert sind, die den Durchschnitt anheben, erkennt man, dass die Realität noch düsterer aussehen dürfte.

Die Lage der Angestellten in der sogenannten Kreativwirtschaft sieht nicht viel besser aus: Das Mindestgehalt für Theaterschauspieler und Gesangssolisten an Opern wurde letztes Jahr von 1.650 auf 1.765 Euro brutto angehoben, um wenigstens mit dem Niveau des neuen gesetzlichen Mindestlohns mithalten zu können, und wird 2017 wegen des angehobenen Mindestlohns auf 1.850 Euro steigen – bei einer offiziellen 48-Stunden-Woche, wobei die Schauspielerin und Aktivistin Lisa Jopt vom Ensemble-Netzwerk davon ausgeht, »dass derzeit die meisten Theater das Arbeitszeitgesetz verletzen«, die reale Arbeitszeit also noch deutlich höher liegt; von Überstundenbezahlungen oder Freizeitausgleich können die meisten Schauspieler nur träumen. Man nimmt an, dass von den schätzungsweise 15.000 aktiven Schauspielern in Deutschland weniger als die Hälfte von den Einnahmen aus ihrer Berufstätigkeit leben können. Nur etwa die Hälfte aller Beschäftigten in der deutschen Kulturbranche hat überhaupt noch einen festen Arbeitsplatz. Und von den anderen 50 Prozent, den Freiberuflern, leben zwei Drittel in prekären Verhältnissen.

So sind auch die meisten Filmschaffenden prekär beschäftigt. Michael Neubauer vom Berufsverband Kinematografie stellt fest, dass »so gut wie alle Serien, Filme ... und Fernsehspiele, die in Deutschland über die Sender gehen, von freien Kulturschaffenden ohne feste Anstellung und ohne tragfähige soziale Absicherung produziert werden«. Betroffen seien »praktisch alle, die im Abspann erscheinen«. Die Crews am Set werden befristet für die Dreharbeiten engagiert, nur während dieser Zeit werden Sozialversicherungsbeiträge bezahlt. In aller Regel sind die Filmschaffenden mehr als die Hälfte des Jahres ohne feste Anstellung, erhalten aber auch

kein Arbeitslosengeld, weil sie dafür mindestens zwölf der vergangenen 24 Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein müssten, wie es die sogenannten Rahmenfristen in der Arbeitslosenversicherung festlegen, die 2003 mit der rotgrünen Hartz-IV-Reform von drei auf zwei Jahre verkürzt worden waren.

Bei all dem Gerede von der boomenden Kreativwirtschaft wird vergessen, dass sich der »Boom« nur für einen verschwindend kleinen Teil der dort als Künstler oder Kulturarbeiter Tätigen in guten Gagen oder fairen Gehältern niederschlägt, während für die meisten nur Zuverdienereexistenzen in Frage kommen. Am extremsten dürfte die Situation im Musikbereich sein, und hier besonders im Pop. Die weniger prominenten Pop- oder Rockbands oder Jazzler müssen in der Regel ohne feste Gagen spielen: Ihnen werden sogenannte Prozentedeals angeboten, bei denen die Künstler einen prozentualen Anteil der Einnahmen aus dem Eintrittskartenverkauf erhalten, oft sogar erst nach Abzug der festen Kosten des Veranstalters. Nun ist ein Prozentedeal eine feine Sache für eine erfolgreiche Band, die ein paar hundert oder gar tausend und mehr Tickets verkauft. Für die Bands, zu deren Konzerten nur 50 oder 100 Menschen kommen, reicht es kaum zum Bestreiten der eigenen Unkosten, geschweige denn zum Leben. Bei Jazzklubs ist neuerdings sogar ein Spendensystem üblich: Sie nehmen gar keinen Eintritt, in der Konzertpause geht der Hut rum, und die paar Euros, die so zusammenkommen, erhalten die Musiker als »Gage«, natürlich ohne Steuern und Sozialabgaben. Die KSK-Abgabe, die eigentlich von den Veranstaltern zu zahlen ist, ziehen die meisten den Künstlern heute sowie so einfach von der Gage ab.

Der Mindestlohn

Ich kann mich noch gut an die ungläubigen Gesichter der Parlamentarier erinnern, als ich in einer Anhörung des Berliner Abgeordnetenhauses einmal eine Mindestgage für Künstler in Höhe von 80 Euro pro Musiker und Konzert gefordert habe, netto wohlgeachtet, also zuzüglich Steuern und KSK-Abgabe. Die Politiker konnten sich schlicht nicht vorstellen, dass Musiker für so wenig Geld auftreten würden, und schon gar nicht, dass eine derart geringfügige Nettogage das Einkommen der Mehrheit der selbständigen Musiker*innen, die in Clubs auftreten, deutlich erhöhen würde.

Auf der anderen Seite halten mir kleine Konzertveranstalter vor, dass sich bei derart »hohen« Garantiegagen viele Konzerte einfach nicht mehr rechneten und sie dann eben keine Konzerte mehr veranstalten könnten. »Und das willst du doch sicher auch nicht, dass die Auftrittsmöglichkeiten wegfallen, oder?« Das scheint das gängige Denkmodell in der Pop- und Jazzszene zu sein (jenseits

der paar fairen Konzertveranstalter, die es gibt – noch, bin ich geneigt hinzuzufügen, denn der Wind hat sich längst gedreht, und wer nicht neoliberal agiert, könnte bald schon untergehen): Man geht fest davon aus, dass es berechtigt ist, Künstler und Kulturarbeiter auszubeuten, weil anders das eigene Geschäftsmodell nicht mehr funktioniert.

Man konnte das sehr genau bei der Mindestlohndebatte verfolgen, in deren Folge auch die Beschäftigungsverhältnisse für Praktikanten verschärft wurden. Wie oft habe ich seinerzeit gehört, das eigene Geschäftsmodell der sympathischen Indie-Klitche würde nicht funktionieren, wenn man den Mitarbeiter*innen plötzlich Mindestlöhne zahlen oder plötzlich anfangen würde, die im Musikbusiness in aller Regel ohne Bezahlung arbeitenden Praktikanten zu entlohnen, wie geringfügig auch immer. Mit Selbstverständlichkeit gehen viele Besitzer von Indie-Firmen davon aus, dass andere den Distinktionsvorteil, den sie aus der eigenen Pöbude ziehen, durch kostenfreie Mitarbeit zu finanzieren haben.

Doch dieses Denken findet sich auch bei renommierten Verlagen oder großen Theatern: Das mit Steuergeldern subventionierte Berliner Ensemble hat laut »Spiegel« 25 Praktikantenplätze nach der Einführung des Mindestlohns für Praktikanten im Jahr 2015 gestrichen; der Suhrkamp-Verlag, der vier Hilfsjobber beschäftigte, hielt diese Stellen nach Einführung des Mindestlohns für nicht mehr finanzierbar, und die Allianz Deutscher Produzenten ließ verlauten, dass durch die Einführung von Mindestlöhnen die Filmproduktion ein Nachwuchsproblem bekommen dürfte, weil es in der Branche viele Berufe gebe, die nur »on the job« erlernt werden könnten. Zum Beispiel Beleuchter steigen in die Branche durch (häufig ein halbes Jahr oder länger währende) Praktika ein, die mit durchschnittlich 600 Euro vergütet werden. Aber wovon sollen die Menschen leben, wenn sie unbezahlte oder geringfügig bezahlte Praktika absolvieren? Es ist den Arbeitgebern egal, Ausbeutung ist längst selbstverständlicher Teil ihres Geschäftsmodells geworden, so wie Baumwollplantagenbesitzer einst die Sklavenhaltung für ganz normal hielten. Den Angestellten oder Freelancern der Kulturindustrie muss eine »symbolische Entlohnung« (Manske) reichen, also die Teilhabe am kulturellen Leben, ihr Dasein in einer attraktiven Großstadt oder eben die verschiedenen Distinktionsvorteile.

Der Deutsche Bühnenverein forderte den Bundesrat sogar auf, dem »Gesetz über Mindestlohn nicht ohne weiteres zuzustimmen« – eine »Sonderregelung für Praktika an Theatern« sei »wünschenswert«: »In den Theatern und Orchestern gibt es zahlreiche zeitlich längere Praktika, die oft erst nach dem Abschluss der Ausbildung stattfinden.« Damit sagt der Deutsche Bühnenverein ganz

klar: Man wünscht, auch künftig fertig ausgebildete, für die Aufrechterhaltung des Betriebs notwendige Mitarbeiter für weniger als 8,50 Euro pro Stunde beschäftigen zu dürfen. Und droht unverhohlen: »Die freien Theater werden aus Sicht des Bühnenvereins immer mehr gezwungen, den Abschluss von Arbeitsverträgen zu umgehen.« Wenn der Gesetzgeber also nicht bereit ist, die Ausbeutung an den Theatern weiter zu fördern, wollen die freien Theater illegale Beschäftigungsverhältnisse installieren. Die sozialen Spaltungen an den Theatern, die Diskrepanz zwischen hochentlohnnten Intendanten, einem »Mittelfeld« aus einigermaßen fair bezahlten Mitarbeitern und ganz unten vielen Beschäftigten, die nicht einmal den Mindestlohn erhalten, gehören längst zur Geschäftsgrundlage vieler Bühnenbetriebe.

Rock me in crazy Berlin

Der scheidende Berliner Kulturstaatssekretär und künftige SPD-Bundestagskandidat Tim Renner, einst vom World Economic Forum als »Global Leader for Tomorrow« ausgezeichnet, verrät eine ganz neue Form von Inkompetenz, wenn er im Interview mit einer Berliner Boulevardzeitung feststellt: »Berlin droht die soziale Spaltung.« Als ob diese Spaltung nicht längst da wäre: 2014 hatte mehr als eine Viertelmillion der Berliner Erwerbstätigen, also ungefähr jeder siebte, ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro, und knapp 64.000 Berliner*innen kamen sogar auf weniger als 500 Euro. Und mehr als ein Drittel der Berliner Erwerbstätigen im künstlerisch-kreativen Bereich kann nicht von der Arbeit leben, »da sie zu wenig (27 Prozent) oder so gut wie kein Einkommen (9 Prozent) erwirtschaften« (Manske).

Nun ist die Rennerei in Berlins Kulturssenat endlich vorbei, und der neue Kulturssenator Klaus Lederer von der Linken wird sich unter anderem daran messen lassen müssen, ob es ihm gelingt, die Kulturschaffenden und Kreativen besser sozial abzusichern, etwa durch eine Regelung beim Arbeitslosengeld, »die den Besonderheiten von Erwerbsbiografien in der Kultur hinreichend Rechnung trägt«, wie es die große Koalition aus SPD und CDU 2011 versprochen, aber nie umgesetzt hat. Der rosa-rot-grüne Koalitionsvertrag liest sich immerhin vielversprechend: Dort sind an den einschlägigen Tarifverträgen orientierte Mindesthonorare und -gagen in öffentlich geförderten Projekten festgeschrieben, und alle mit Landesmitteln geförderten Institutionen werden verpflichtet, bei Ausstellungen Honorare an die ausstellenden Künstler*innen zu zahlen. Was sich wie eine Selbstverständlichkeit liest, ist bisher weit davon entfernt, eine solche zu sein – die Publikation des Berufsverbands der Bildenden Künstler (BBK) mit dem doppelbödigen Titel *Von der Kunst zu leben* legt davon beredt Zeugnis ab.

Wichtig wäre in diesem Zusammenhang, dass der neue Berliner Senat auch seine einschlägige Förderung der Institutionen entsprechend erhöht. Aus anderen Bundesländern ist bekannt, dass Institutionen und Kulturzentren den Förderauflagen dadurch formal nachkommen, dass sie die entsprechenden Stellen auf eine geringere Stundenzahl reduzieren, um den Mindestlöhnen zu entsprechen – das restliche Arbeitspensum wird dann ehrenamtlich geleistet.

Bundesweit sind prekäre Arbeit, Tarifflucht und Outsourcing der Tätigkeiten von Kulturarbeiter*innen leider längst die Regel, nicht die Ausnahme. Indem Politik und Medien die Kreativwirtschaft feiern, testen sie aus, wie weit der kapitalistische Realismus gehen, was den Leuten zugemutet werden kann. Die »kreative Klasse« (Richard Florida) dient als Türöffner für die Zurichtung einer postfordistischen Gesellschaft, die sich permanent selbst ausbeutet. Künstler und Kulturarbeiter stehen als »flexible« und »selbstverantwortliche« Subjekte, als »Kulturproduzent*innen« (nicht mehr als Arbeiter*innen), Modell für eine neoliberale Neuorganisation der Gesellschaft. Hauptsache, »sexy«. Alexandra Manske charakterisiert Künstler und Kreative als »lebendige Verkörperung der Ideologie eines Zwangs zur Selbstverwirklichung«.

Konzeptive Ideologen

Bleibt die Frage, wie sie sich ihr prekäres Dasein leisten können beziehungsweise wer sich das überhaupt leisten kann. In der Popzene zum Beispiel gibt es so gut wie keine Musiker, Manager oder Kulturarbeiter, die aus »einfachen Verhältnissen« stammen. In der Regel sind die Eltern Apotheker, Ärzte, Unternehmer oder Lehrer und in der Lage, ihren Kindern auch mal finanziell unter die Arme zu greifen, wenn deren Indiekitsche in die Bredouille gerät, oder ihnen die Wohnung und/oder das Auskommen zu finanzieren, während sie sich in zahllosen unter- oder sogar unbezahlten Praktika oder Projekten »ausprobieren«. Die Perspektive, Popstar zu werden oder auch nur einer ansprechenden, selbstverwirklichenden Tätigkeit in der Kulturindustrie nachzugehen, bleibt der Ober- und Mittelschicht vorbehalten, hauptsächlich also der Erbgeneration der Wiederaufbauertern. So wie in England, wo mittlerweile mehr als 60 Prozent der in den Top Ten der britischen Charts vertretenen Künstler eine der höllisch teuren Privatschulen besucht haben; so wie in Frankreich, wo Absolventen der Eliteuniversitäten die Chefpositionen der Kulturindustrie besetzen.

Die vielen kleinen Betriebe der Kreativindustrie nehmen ebenso wie etliche Künstler*innen und Bands mit größter Selbstverständlichkeit Staatskohle in Anspruch, denn »ohne Förderkohle können heute viele kleine Firmen und Künstler nicht mehr existie-

ren«, wie die Branche gerne heulsüsig behauptet. Und so wird das kulturelle Prekariat zu einem – größtenteils unbewussten, vielleicht auch ungewollten – Akteur und Propagandisten neoliberaler Ideologie. Künstler und Kreative sind im herrschenden Gesellschaftssystem, um es mit Marx zu sagen, »konzeptive Ideologen«, machen also »die Ausbildung der Illusion dieser Klasse über sich selbst zu ihrem Hauptnahrungszweig«. Sie wirken im Sektor der Bewusstseinsindustrie gewissermaßen »an der Zementierung der kapitalistischen Klassengesellschaft« (Hans G. Helms) mit. Sie betreiben mit ihrer auf Selbstverwirklichung und Selbstoptimierung ausgerichteten Daseinsweise die Entsolidarisierung der Gesellschaft, sie agieren, auch wenn vermutlich größtenteils unbewusst, gegen Kollektivität und Solidarität. Die Unterschicht wie auch Migranten bleiben in der Kulturindustrie meist außen vor. Diese problematische Rolle des kulturellen Prekariats ist bisher kaum untersucht worden.

Marx bezeichnete »die ganze unbestimmte, aufgelöste, hin- und hergeworfene Masse, die die Franzosen la bohème nennen«, als »Lumpenproletariat«, und er entdeckte in dieser sozusagen geschichtslosen, im Gegensatz zum Proletariat unbewussten Klasse »neben verkommenen und abenteuernden Ablegern der Bourgeoisie« unter anderem auch »Vagabunden, Gauner, Gaukler, Taschenspieler, Spieler, Literaten und Orgeldreher«. Diese Bohème stellte sich auf die Seite der Bourgeoisie und diente ihr in der Auseinandersetzung mit dem Proletariat sogar als »Mobilgarde«.

Marx' *Achtzehnter Brumaire* ist 1852 erschienen. 160 Jahre später gilt die Bohème als künstlerisches Prekariat, sie besteht immer noch auch aus »abenteuernden Ablegern der Bourgeoisie«, neuerdings Bobos (zusammengesetzt aus Bourgeois und Bohémien) genannt. Sie entwickeln einen kreativen Lebensstil mit einer liberal-alternativen Grundhaltung, und es ist ihnen um »Freiheit« und »Individualität« zu tun. Jeder ein »Querdenker« oder ein Selbstdarsteller, aber jeder auch ein Agent der neoliberalen Ideologie, des kapitalistischen Realismus. Alle sind sie unbedingte hip und sexy auf dem sinkenden Schiff, auf dem bis zuletzt die schlechtbezahlte Bordkapelle fiedelt. ●

Alexandra Manske: *Kapitalistische Geister in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Kreative zwischen wirtschaftlichem Zwang und künstlerischem Drang*. Transcript, Bielefeld 2015, 454 Seiten, 39,99 Euro

Berufsverband der Bildenden Künstler (BBK): *Von der Kunst zu leben*. BBK, Berlin 2016, 72 Seiten, 12 Euro (für BBK-Mitglieder: 8 Euro), zu bestellen via info@bbk-bundesverband.de

Berthold Seliger schrieb in konkret 7/15 über den Eventcharakter neoliberaler Kulturpolitik